



**SPD Landesverband Berlin  
Kreis Pankow**

**Wahlperiode 2016 bis 2018**

**6. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)**

**30. September 2017**

**Beschlussbuch**

**ANT 045/06**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**17.07.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Konvent möge beschließen / Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische  
Glaubwürdigkeit unterfüttern**

- 1 Parteivorstand und Landesvorstände werden beauftragt, auf der Grundlage der Beschlüsse der  
2 SPD, insbesondere des Leitbilds ‚Gute Arbeit‘ (Beschluss „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten –  
3 Leitlinien einer modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik, Bundesparteitag 2015), den  
4 Umgang mit den Beschäftigten unter sozialdemokratischer Personalverantwortung zu überprüfen  
5 und anzupassen.  
6 Der Auftrag erstreckt ausdrücklich für die Betrachtung in:
- 7 • den Organisationen, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten  
8 Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sind: Parteiorganisation, Fraktionen, Abgeordnete, u.ä.
  - 9 • den Behörden, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Leitungen  
10 innehaben: Ministerien, Dezernate, Ämter, u.ä.,
  - 11 • den öffentlichen Betrieben, in denen Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten über die  
12 öffentlichen Beteiligungen Einfluss auf die Arbeitsbedingungen nehmen können:  
13 Aufsichtsräte, Vorstände, Verwaltungsräte, etc..
- 14 Standards für diese Auftragserfüllungen müssen dabei die eigenen Ansprüche an ‚Gute Arbeit‘  
15 und die bisherige Beschusslage sowie die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sein,  
16 die sich aus den bestehenden Gesetzen ergeben. Angebote von Fortbildungen für  
17 Arbeitgeber(innen) in Personalführung müssen sowohl angeboten als auch angenommen werden.
- 18 Die Mandatsfreiheit für Abgeordnete wird durch die sozialdemokratischen Ansprüche an  
19 Arbeitsverhältnisse ergänzt. Bestehende Hilfestellungen, wie beispielsweise die Tarifgemeinschaft  
20 der Abgeordneten des Deutschen Bundestages, müssen allen Abgeordneten zur Verfügung  
21 stehen und von allen genutzt werden.
- 22 Glaubwürdigkeit fängt beim eigenen Handeln an. Andernfalls wird die Partei geschädigt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

**ANT 046/06**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**17.07.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Konvent möge beschließen / Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Organisations- und personalpolitisch sozialdemokratische  
Glaubwürdigkeit unterfüttern – auch in Parlamentsfraktionen**

- 1 Die Freiheit der SPD-Abgeordneten bei der Ausübung ihres Mandats wird mit Blick auf die  
2 Ausgestaltung der mit ihren Mitarbeiter\*innen eingegangenen Arbeitsverhältnisse durch die  
3 sozialdemokratischen Ansprüche an ‚Gute Arbeit‘ und die gültige Beschusslage unserer Partei  
4 (siehe insbesondere den Beschluss „Die Arbeitswelt der Zukunft gestalten – Leitlinien einer  
5 modernen sozialdemokratischen Arbeitspolitik, Bundesparteitag 2015) zwar nicht rechtlich, aber  
6 doch politisch weiter ausgefüllt.  
7  
8 1. Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Deutschen Bundestag  
9  
10 Bestehende Hilfskonstruktionen wie die seinerzeit mühsam erstrittene *Tarifgemeinschaft der*  
11 *Abgeordneten des Deutschen Bundestages*, die tarifliche Regelungen zwischen  
12 Bundestagsabgeordneten und der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) für die  
13 ansonsten weitgehend rechtlosen Abgeordnetenmitarbeiter\*innen ermöglichen, müssen von allen  
14 SPD-Bundestagsabgeordneten genutzt werden.  
15  
16 Die Führung der SPD-Fraktion des Deutschen Bundestages möge sich dafür einsetzen, dass die  
17 sozialdemokratischen Anforderungen an ‚Gute Arbeit‘ von allen SPD-Bundestagsabgeordneten  
18 eingehalten werden. Hierzu sind ggf. geeignete Mechanismen zu schaffen und regelmäßiger  
19 Austausch mit ver.di zu organisieren.  
20  
21 Alle SPD-Bundestagsabgeordneten, die, aus welchen Gründen auch immer, noch nicht Mitglied  
22 der *Tarifgemeinschaft der Abgeordneten des Deutschen Bundestages* sind, sind aufgefordert,  
23 dieser umgehend beizutreten.  
24  
25 Bewerber\*innen für die nächste Bundestagswahl haben sich im Vorhinein verbindlich dazu zu  
26 verpflichten, im Falle ihres Einzugs in den Deutschen Bundestag sofort der *Tarifgemeinschaft der*  
27 *Abgeordneten des Deutschen Bundestages* beizutreten. Wer sich dieser Selbstverpflichtung  
28 verweigert, wird von keinem Gremium der SPD als Kandidat\*in für die Bundestagswahl nominiert  
29 bzw. aufgestellt.  
30  
31 2. Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands im Landtagen, Bürgerschaften und  
im Abgeordnetenhaus  
Die SPD-Landtagsfraktionen werden aufgefordert, sich auf der Ebene ihrer jeweiligen Landtage –  
sofern noch nicht vorhanden – für die Schaffung von Strukturen analog der *Tarifgemeinschaft der*

- 32 *Abgeordneten des Deutschen Bundestages* einzusetzen, diese in Zusammenarbeit mit der ver.di  
33 und unter Beachtung der verfassungsrechtlichen Stellung der Abgeordneten zu etablieren und bei  
34 ihren Abgeordneten den Beitritt zu organisieren sowie bei den Mitgliedern der anderen Fraktionen  
35 offensiv für einen Beitritt zu werben.
- 36 Glaubwürdigkeit fängt beim eigenen Handeln an. Andernfalls wird die Partei geschädigt.

Begründung:

In der Regel sind Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gute Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber oder Dienstvorgesetzte, oftmals sind sie auch selber Gewerkschaftsmitglieder. Doch leider gibt es auch ausgesprochen unrühmliche Ausnahmen, wie der Fall Petra Hinz zeigt.

Mögliche Überforderung, fehlende Qualifikation oder mangelnde Ernsthaftigkeit im Umgang mit der eigenen Rolle als Arbeitgeber bzw. Vorgesetzter können zum Verlust von Glaubwürdigkeit führen und den Ruf der Partei massiv beschädigen.

Gute Beschlusslagen allein reichen nicht aus; sie müssen immer und überall dort umgesetzt werden, wo Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten personalverantwortlich sind.

Weitere Begründung erfolgt ggf. mündlich.

**ANT 047/06**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**17.07.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Modellversuch Doppelspitze in den Abteilungen der Berliner SPD ermöglichen**

- 1 Im Rahmen eines auf vier Jahre befristeten Modellversuchs wird den Abteilungen der SPD Berlin  
2 ermöglicht, statt des bestehenden Vorstandsmodells mit einer/einem Vorsitzenden eine  
3 geschlechterparitätische Doppelspitze aus zwei Vorsitzenden zu beschließen. Das Organisationsstatut der  
4 SPD Berlin wird hierzu wie folgt geändert:  
5  
6 1. *Einfügung von § 23 b\* Abs. 2a:*  
7  
8 *Abweichend von Abs. 2 Nr. 1 können die Abteilungen im Rahmen eines Modellversuchs eine*  
9 *geschlechterparitätische Doppelspitze aus zwei Vorsitzenden beschließen. Diese Regelung gilt,*  
10 *sofern sie nicht verlängert wird, bis zum Ablauf der Parteiwahlperiode 2020-2022.*  
11  
12 2. *Einfügung in § 23 b\* Abs. 3 nach „über“:*  
13  
14 *das Vorstandsmodell sowie*  
15  
16 3. *Einfügung nach § 23 a\* Abs. 3 Nr. 6 Satz 1:*  
17  
18 *Im Falle einer Doppelspitze gemäß § 23 b\* Abs. 2a nominiert die Abteilung eine/einen der beiden*  
19 *Vorsitzenden für die Vertretung im Kreisvorstand. Diese Nominierung ist als Wahl durchzuführen.*  
20  
21 4. *Änderung von § 23 a\* Abs. 3 Nr. 7 letzter Halbsatz in:*  
22  
23 *Ziffer 6 Satz 4 gilt entsprechend,*

**Begründung:**

Mit der Schaffung eines Modellversuchs Doppelspitze soll Abteilungen die Möglichkeit eingeräumt werden, die Arbeit des/der Vorsitzenden auf mehrere Schultern zu verteilen. Damit ist die Hoffnung verbunden, mehr Frauen für eine stetige Arbeit im Abteilungsvorstand gewinnen zu können. Allzu oft verzichten Frauen, aber auch Männer mit starker familiärer Einbindung (Kindererziehung, Pflege von Angehörigen), auf die Ausübung einer Führungsfunktion auf der Abteilungsebene.

Mit der Doppelspitze würde es ermöglicht werden, dass zwei Personen die Arbeit des Abteilungsvorsitzes gleichberechtigt ausfüllen und somit das Arbeitsvolumen für die einzelne Person sinkt. Gleichzeitig wird durch Beschränkung der Einführung auf die Abteilungsebene sichergestellt, dass zunächst Erfahrungen mit diesem Modell gesammelt werden können. Zum Ende des vierjährigen Modellversuchs sollen diese Erfahrungen ausgewertet werden und können ggf. die Grundlage weiterer Maßnahmen bilden.

**ANT 048/06**

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**17.07.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Einrichtung einer Landesgleichstellungskommission der SPD Berlin**

- 1 Der Landesvorstand der SPD Berlin wird aufgefordert, eine Landesgleichstellungskommission
- 2 einzurichten. Aufgaben der Landesgleichstellungskommission sollen neben der Erstellung des
- 3 Gleichstellungsberichts der SPD Berlin die Erarbeitung von Maßnahmen und Hilfestellungen zur
- 4 Verbesserung der Gleichstellung im Landesverband sein.
- 5
- 6 Die Gleichstellungskommission wird von einem Mitglied des Landesvorstands geleitet, um eine
- 7 gute Anbindung an den Landesvorstand zu gewährleisten. Daneben gehören der
- 8 Landesgleichstellungskommission je ein Mitglied pro Kreis sowie je ein Mitglied pro statutarischer
- 9 Arbeitsgemeinschaft mit Stimmrecht an. Der Landesvorstand entscheidet über die Leitung der
- 10 Landesgleichstellungskommission, Kreise und Arbeitsgemeinschaften entsenden je ein von ihnen
- 11 zu wählendes Mitglied in das Gremium. Darüber hinaus können von ihnen stellvertretende
- 12 Mitglieder benannt werden. Die Kommission kann weitere ständige Mitglieder zur Mitwirkung an
- 13 ihrer Arbeit kooptieren.
- 14
- 15 Die Gleichstellungskommission tagt regelmäßig, mindestens einmal im Quartal.

**Begründung:**

In den letzten Parteiwahlperioden bestand auf Landesebene eine "Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit". Diese hatte die Aufgabe, die Landesgleichstellungsberichte zu erstellen sowie Maßnahmen und Hilfestellungen zur Verbesserung der Gleichstellung im Landesverband zu entwickeln.

Die Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit wurde in der Parteiwahlperiode 2016-2018 durch den neu gewählten Landesvorstand jedoch nicht wiedereingesetzt. Momentan gibt es daher kein ständiges Gremium des Landesverbandes, das sich mit dem Thema Gleichstellung befasst.

Die alte Arbeitsgruppe Geschlechtergerechtigkeit krankte an mangelnder durchgehender Beteiligung seitens ihrer von der Landesebene allein bestimmten Mitglieder. Um eine stärkere Verbindlichkeit in der Mitarbeit zu erzielen, soll das Gremium in Form einer Kommission neu eingerichtet werden, wobei jeder Kreis und jede statutarische Arbeitsgemeinschaft je ein stimmberechtigtes Mitglied in das Gremium entsendet. Dies hätte überdies den Vorteil, dass die Gliederungen der Berliner SPD – mit allen Geschlechtern – umfassend in die gleichstellungspolitische Arbeit der Kommission eingebunden werden.

**ANT 049-1/06 (i.d.F. der Antragskommission)**

---

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**17.07.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**SPD solidarisch: Mieter\*innen-Partei – Parteinahme für Mieter\*innen in Pankow**

---

1 Der Bezirk Pankow erlebt eine starke Nachfrage nach Wohnraum. Nach den Bedingungen  
2 unserer Wirtschafts- und Sozialordnung bedeutet dies zunächst einmal steigende Preise,  
3 Wohnungsmieten und Nutzungsentgelte. Aktuell werden in Pankow durchschnittlich 4.200 Euro  
4 (Stand: Sommer 2017) pro Quadratmeter Wohnfläche gezahlt – Tendenz steigend. Laut der  
5 Analyse des Gutachterausschusses für Grundstückswerte ging es auch bei den Nettomieten in  
6 den zentrumsnahen Stadtteilen Pankows stetig bergauf. Die höchsten Zuwächse verzeichnen die  
7 Stadtteile Heinersdorf mit zwölf und Weißensee mit elf Prozent. Hier liegen die Nettokaltmieten in  
8 der Neuvermietung im Schnitt zwischen 9.50 und zehn Euro. Plus fünf Prozent lautet die  
9 Steigerungsrate in Prenzlauer Berg. Damit werden dort im Schnitt inzwischen stolze 11,50 Euro  
10 pro gemieteten Quadratmeter verlangt.

11

12 Wir sind dagegen der Auffassung, dass Wohnen für alle bezahlbar sein muss.

13

14 Die Beschlusslage unserer Partei sieht eine rechtliche Stärkung der Mieter\*innen auf dem  
15 Wohnungsmarkt vor. Diesen Weg wollen wir konsequent fortführen. Konkret bedeutet das für  
16 Berlin:

17

18 Mehr städtische Wohnungen und Umorientierung der Wohnungsbauförderung durch folgende  
19 Maßnahmen:

20

21 1. Der Bestand an städtischen Wohnungen ist mittelfristig auf 500.000 Wohnungen zu erweitern.

22

23 2. Die Privatisierung von kommunalen Eigentum ist dauerhaft durch ein verfassungsrechtliches  
24 Verbot auszuschließen.

25

26 3. Mindestens 55 Prozent aller neu gebauten Wohnungen der städtischen  
27 Wohnungsunternehmen sind dauerhaft als Wohnungen mit einer sozialen Belegungsbindung zu  
28 errichten. Dabei ist weiterhin darauf zu achten, dass gemischte Quartiere entstehen und diese  
29 Wohnungen überall in der Stadt entstehen.

30

31 4. Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen sind stärker zu begrenzen und an die  
32 Einkommensentwicklung zu koppeln. Die Bruttowarmmieten in den städtischen WU sollen  
33 grundsätzlich nicht mehr als 30% des Nettohaushaltseinkommens ausmachen.

34

- 35 5. Pro Jahr soll Berlin Fördermittel für 6.000 Sozialwohnungen anbieten, von denen mindestens  
36 50% mit einer Einstiegsrente nach den Regularien des Berliner Mietenbündnisses beginnen. Die  
37 Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen ist auszuschließen. Die Fördermittel soll nach  
38 dem Grundsatz vergeben werden: „Einmal gefördert, immer gebunden“.  
39
- 40 6. Das Land Berlin legt eine neue Modernisierungsförderung mit mindestens 70 Mio. € pro Jahr  
41 auf. Diese Fördermittel sind schwerpunktmäßig sozialen Erhaltungsgebieten einzusetzen. Sie  
42 sollen vor allem für warmmietneutrale Sanierungen eingesetzt werden, die entsprechend  
43 abgesichert werden müssen (z.B. durch Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes zugunsten Dritter  
44 oder Abwendungsvereinbarungen).  
45
- 46 7. Das geschützte Marktsegment, Wohnungen für Menschen mit dringendem Wohnraumbedarf,  
47 ist auszuweiten. Die städtischen Wohnungsunternehmen sollen pro Jahr 3.000 Haushalte mit  
48 dringendem Wohnbedarf unterbringen.  
49
- 50 8. Die neuen Modularbauten sollen nicht nur für Flüchtlinge vorgehalten, sondern auch anderen  
51 Wohnungssuchenden angeboten werden. Die städtischen Vermieter müssen sich bei der  
52 Unterbringung dieser Nachfragegruppen noch mehr engagieren.  
53
- 54 9. Der Spekulation mit Grund und Boden muss durch Entwicklungsmaßnahmen, Baugebote und  
55 der Anpassung der Besteuerung (Bundesrats-Initiative) entgegengewirkt werden. Durch eine  
56 kürzere Befristung der Baugenehmigungen soll der Grundstückshandel eingedämmt werden..  
57 Berlin soll selbst Grundstücke aktiv erwerben und preislimitierte, am Verkehrswert orientierte  
58 Vorkaufsrechte aktiv nutzen bzw. Abwendungsvereinbarungen zum Schutz der Mieterinnen und  
59 Mieter schließen.  
60
- 61 10. Das Bundesland Berlin soll sich umgehend, soweit möglich noch im Rahmen der derzeit  
62 geplanten Novelle des Baugesetzbuches, für ein planungsrechtliches Instrument zur Steuerung  
63 der Bodenpreisentwicklung einsetzen, das auch kleinteilig (z.B. auf § 34 BauGB – Grundstücken)  
64 anzuwenden ist.  
65
- 66 11. Es ist zu prüfen, ob Rechtsvorschriften (Verbot der Zweckentfremdung, Wohnungsaufsicht,  
67 etc.) in einem Wohnraumschutzgesetz zusammengefasst werden. Darin soll das Land Berlin  
68 insbesondere den Abriss von preisgünstigen Mietwohnungen verhindern und weitere Instrumente  
69 gegen die Vernachlässigung und Überbelegung von Wohnraum einführen, z.B. durch die  
70 Möglichkeit, einen Treuhänder einzusetzen. Mit der Senatsverwaltung abgesprochene  
71 Maßnahmen der Bezirke sind für ggf. eintretende Rechtsstreitigkeiten finanziell abzusichern.  
72
- 73 12. Im Haushalt des Landes Berlin sind finanzielle Ressourcen für Hilfestellungen bei der  
74 Ausweisung zusätzlicher Verordnungen nach § 172 BauGB (Milieuschutz – und  
75 Umstrukturierungssatzungen) und für die Kontrolle zur Verfügung zu stellen.  
76
- 77 13. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau sind durch ein neues System der Mietenkalkulation für  
78 WBS-berechtigte Haushalte zu kappen (politisch festgelegte soziale Richtsatzmiete mit  
79 Einkommensbezug). Die Zinsverbilligung der öffentlichen Darlehen soll auch dafür genutzt  
80 werden, die Mieten nach den Regularien des Berliner Mietenbündnisses zu verringern. Die  
81 Mieterrechte im Sozialen Wohnungsbau sind zu verbessern, z.B. durch den Ausschluss  
82 rückwirkender Mieterhöhungen. Der Einfrierungsgrundsatz ist bei Eigentumsübertragung  
83 unterhalb der ursprünglichen Gesamtkosten aufzuheben. Belegungsbindungen sind konsequent  
84 für die Versorgung der berechtigten Haushalte zu nutzen.



85 14. Wir suchen eine enge Kooperation mit den Wohnungsgenossenschaften, die das Prinzip  
86 „Selbstorganisation: Hilfe zur Selbsthilfe“ vertreten. Sie schaffen dauerhaft preiswerten Wohnraum  
87 ohne Spekulation und bremsen die Mietenentwicklung. Wir wollen die Zusammenarbeit beim  
88 Neubau, der Quartiersentwicklung und bei Belegungsbindungen vertiefen.

89  
90 Darüber hinaus wollen wir die Interessensvertretung der Pankower Mieter\*innen stärken. Die SPD  
91 weiß, dass die Interessen der Vermieter\*innen besser organisiert sind als die der Mieter\*innen.  
92 Diesen Nachteil wollen wir durch eine Stärkung der Interessensvertretung, die die Nachfragemacht  
93 durch Selbstorganisation bündelt, erreichen. Traditionell ist die SPD dem Deutschen Mieterbund  
94 verbunden, dessen Landesverband der Berliner Mieterverein mit seinen 160.000 Mitgliedern und  
95 seiner Beratungsstelle in Pankow ist. Zu seinen Angeboten gehört Mietrechtsberatung in Pankow,  
96 Korrespondenz mit Vermietern, Verwaltern und Behörden, Prozesskostenversicherung, Betreuung  
97 von Mieterversammlungen, Energieberatung, Beratung bei Nachbarschaftskonflikten,  
98 Künstlerberatung für Ateliers sowie Fachgutachtervermittlung und Unterstützung von  
99 Mietergemeinschaften und Mieterinitiativen.

100  
101 Mit dieser Selbstorganisation der Mieter\*innen mit ihrer unverzichtbaren Interessenvertretung  
102 solidarisiert sich die Pankower SPD, indem sie:

- 103
- 104 • ihre Mitglieder, insbesondere ihre Funktionär\*innen und Mandatsträger\*innen aufruft, der  
105 Solidaritätsgemeinschaft Berliner Mieterverein beizutreten,
  - 106 • in ihren Büros Werbebroschüren und Beitrittserklärungen des Berliner Mietervereins  
107 auslegt,
  - 108 • regelmäßig in ihren Publikationen für die Mitgliedschaft im Berliner Mieterverein wirbt,
  - 109 • regelmäßig in Kooperation mit ihren Mandatsträger\*innen im Mietermagazin, dem Magazin  
110 des Berliner Mietervereins eine Anzeige, schaltet,
  - 111 • jährlich eine mitgliederoffene Veranstaltung zur Pankower Wohnungssituation mit dem  
112 Berliner Mieterverein durchführt, auch um gemeinsame Positionen zu entwickeln, sowie  
113 • bei den weiteren sozialdemokratischen Organisationen für Solidarität, für eine  
114 entsprechende Unterstützung, wirbt.

115  
116 Der Landesvorstand wird beauftragt einen entsprechenden Antrag für den Bundesparteitag zu  
117 formulieren und zu stellen.

118

### **Begründung:**

Die Marktmacht auf dem Wohnungsmarkt ist ungleich verteilt, gerade auch in Pankow, wo viele Menschen wohnen und wohnen wollen. Zum einen gilt es, gerechtere Rahmenbedingungen für die Verteilung dieser Macht juristisch herzustellen. Zum anderen muss die Nachfrageseite, die Mieter\*innen auch innerhalb eines juristischen Rahmens gestärkt werden. Recht haben und Recht bekommen sind auch in unserem Rechtsstaat zwei unterschiedliche Sachen. Als Sozialdemokrat\*innen können wir uns mit Normensetzung allein nicht zufriedengeben, sondern müssen auch die Rechtsdurchsetzung durch konkrete Interessensvertretung stärken. Der Deutsche Mieterbund ist die Interessensvertretung der Mieter\*innen und muss im Interesse der Mieter\*innen allgemein gestärkt werden. Damit wird tatsächlich verbesserte Teilhabe erst ermöglicht. Unsere Partei kann auf dem beschriebenen Weg Solidarität mit den Mieter\*innen verwirklichen.

**ANT 049-2/06 (i.d.F. der Antragskommission)**

---

Antrag Nr.

**Kreisvorstand**

**17.07.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**SPD solidarisch: Mieter\*innen-Partei – Parteinahme für Mieter\*innen in Berlin**

---

- 1 Berlin erlebt eine starke Nachfrage nach Wohnraum. Nach den Bedingungen unserer Wirtschafts-  
2 und Sozialordnung bedeutet dies zunächst einmal steigende Preise, Wohnungsmieten und  
3 Nutzungsentgelte. Die Tendenz ist steigend.  
4  
5  
6 Wir sind dagegen der Auffassung, dass Wohnen für alle bezahlbar sein muss.  
7  
8 Die Beschlusslage unserer Partei sieht eine rechtliche Stärkung der Mieter\*innen auf dem  
9 Wohnungsmarkt vor. Diesen Weg wollen wir konsequent fortführen. Konkret bedeutet das für  
10 Berlin:  
11  
12 Mehr städtische Wohnungen und Umorientierung der Wohnungsbauförderung durch folgende  
13 Maßnahmen:  
14  
15 1. Der Bestand an städtischen Wohnungen ist mittelfristig auf 500.000 Wohnungen zu erweitern.  
16  
17 2. Die Privatisierung von kommunalen Eigentum ist dauerhaft durch ein verfassungsrechtliches  
18 Verbot auszuschließen.  
19  
20 3. Mindestens 55 Prozent aller neu gebauten Wohnungen der städtischen  
21 Wohnungsunternehmen sind dauerhaft als Wohnungen mit einer sozialen Belegungsbindung zu  
22 errichten. Dabei ist weiterhin darauf zu achten, dass gemischte Quartiere entstehen und diese  
23 Wohnungen überall in der Stadt entstehen.  
24  
25 4. Mieterhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen sind stärker zu begrenzen und an die  
26 Einkommensentwicklung zu koppeln. Die Bruttowarmmieten in den städtischen WU sollen  
27 grundsätzlich nicht mehr als 30% des Nettohaushaltseinkommens ausmachen.  
28

- 29 5. Pro Jahr soll Berlin Fördermittel für 6.000 Sozialwohnungen anbieten, von denen mindestens  
30 50% mit einer Einstiegsrente unter 6,- € beginnen. Die Umwandlung von Miet- in  
31 Eigentumswohnungen ist auszuschließen. Die Fördermitteln soll nach dem Grundsatz vergeben  
32 werden: „Einmal gefördert, immer gebunden“.  
33
- 34 6. Das Land Berlin legt eine neue Modernisierungsförderung mit mindestens 70 Mio. € pro Jahr  
35 auf. Diese Fördermittel sind schwerpunktmäßig sozialen Erhaltungsgebieten einzusetzen. Sie  
36 sollen vor allem für warmmietneutrale Sanierungen eingesetzt werden, die entsprechend  
37 abgesichert werden müssen (z.B. durch Wahrnehmung des Vorkaufsrechtes zugunsten Dritter  
38 oder Abwendungsvereinbarungen).  
39
- 40 7. Das geschützte Marktsegment, Wohnungen für Menschen mit dringendem Wohnraumbedarf,  
41 ist auszuweiten. Die städtischen Wohnungsunternehmen sollen pro Jahr 3.000 Haushalte mit  
42 dringendem Wohnbedarf unterbringen.  
43
- 44 8. Die neuen Modularbauten sollen nicht nur für Flüchtlinge vorgehalten, sondern auch anderen  
45 Wohnungssuchenden angeboten werden. Die städtischen Vermieter müssen sich bei der  
46 Unterbringung dieser Nachfragegruppen noch mehr engagieren.  
47
- 48 9. Der Spekulation mit Grund und Boden muss durch Entwicklungsmaßnahmen, Baugebote und  
49 der Anpassung der Besteuerung (Bundesrats-Initiative) entgegengewirkt werden. Durch eine  
50 kürzere Befristung der Baugenehmigungen soll der Grundstückshandel eingedämmt werden..  
51 Berlin soll selbst Grundstücke aktiv erwerben und preislimitierte, am Verkehrswert orientierte  
52 Vorkaufsrechte aktiv nutzen bzw. Abwendungsvereinbarungen zum Schutz der Mieterinnen und  
53 Mieter schließen.  
54
- 55 10. Das Bundesland Berlin soll sich umgehend, soweit möglich noch im Rahmen der derzeit  
56 geplanten Novelle des Baugesetzbuches, für ein planungsrechtliches Instrument zur Steuerung  
57 der Bodenpreisentwicklung einsetzen, das auch kleinteilig (z.B. auf § 34 BauGB – Grundstücken)  
58 anzuwenden ist.  
59
- 60 11. Es ist zu prüfen, ob Rechtsvorschriften (Verbot der Zweckentfremdung, Wohnungsaufsicht,  
61 etc.) in einem Wohnraumschutzgesetz zusammengefasst werden. Darin soll das Land Berlin  
62 insbesondere den Abriss von preisgünstigen Mietwohnungen verhindern und weitere Instrumente  
63 gegen die Vernachlässigung und Überbelegung von Wohnraum einführen, z.B. durch die  
64 Möglichkeit, einen Treuhänder einzusetzen. Mit der Senatsverwaltung abgesprochene  
65 Maßnahmen der Bezirke sind für ggf. eintretende Rechtsstreitigkeiten finanziell abzusichern.  
66
- 67 12. Im Haushalt des Landes Berlin sind finanzielle Ressourcen für Hilfestellungen bei der  
68 Ausweisung zusätzlicher Verordnungen nach § 172 BauGB (Milieuschutz – und  
69 Umstrukturierungssatzungen) und für die Kontrolle zur Verfügung zu stellen.  
70
- 71 13. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau sind durch ein neues System der Mietenkalkulation für  
72 WBS-berechtigte Haushalte zu kappen (politisch festgelegte soziale Richtsatzmiete mit  
73 Einkommensbezug). Die Zinsverbilligung der öffentlichen Darlehen soll auch dafür genutzt  
74 werden, die Mieten auf 5,- bis 5,50 €/qm im Monat zu verringern. Die Mieterrechte im Sozialen  
75 Wohnungsbau sind zu verbessern, z.B. durch den Ausschluss rückwirkender Mieterhöhungen.  
76 Der Einfrierungsgrundsatz ist bei Eigentumsübertragung unterhalb der ursprünglichen  
77 Gesamtkosten aufzuheben. Belegungsbindungen sind konsequent für die Versorgung der  
78 berechtigten Haushalte zu nutzen.

79 14. Wir suchen eine enge Kooperation mit den Wohnungsgenossenschaften, die das Prinzip  
80 „Selbstorganisation: Hilfe zur Selbsthilfe“ vertreten. Sie schaffen dauerhaft preiswerten Wohnraum  
81 ohne Spekulation und bremsen die Mietenentwicklung. Wir wollen die Zusammenarbeit beim  
82 Neubau, der Quartiersentwicklung und bei Belegungsbindungen vertiefen.

83  
84 Darüber hinaus wollen wir die Interessensvertretung der Berliner Mieter\*innen stärken. Die SPD  
85 weiß, dass die Interessen der Vermieter\*innen besser organisiert sind als die der Mieter\*innen.  
86 Diesen Nachteil wollen wir durch eine Stärkung der Interessensvertretung, die die Nachfragemacht  
87 durch Selbstorganisation bündelt, erreichen. Traditionell ist die SPD dem Deutschen Mieterbund  
88 verbunden, dessen Landesverband der Berliner Mieterverein mit seinen 160.000 Mitgliedern und  
89 seiner Beratungsstellen in Berlin ist. Zu seinen Angeboten gehört Mietrechtsberatung in Pankow,  
90 Korrespondenz mit Vermietern, Verwaltern und Behörden, Prozesskostenversicherung, Betreuung  
91 von Mieterversammlungen, Energieberatung, Beratung bei Nachbarschaftskonflikten,  
92 Künstlerberatung für Ateliers sowie Fachgutachtervermittlung und Unterstützung von  
93 Mietergemeinschaften und Mieterinitiativen.

94  
95 Mit dieser Selbstorganisation der Mieter\*innen mit ihrer unverzichtbaren Interessensvertretung  
96 solidarisiert sich die Berliner SPD, indem sie:

- 97
- 98 • ihre Mitglieder, insbesondere ihre Funktionär\*innen und Mandatsträger\*innen aufruft, der  
99 Solidaritätsgemeinschaft Berliner Mieterverein beizutreten,
  - 100 • in ihren Büros Werbebroschüren und Beitrittserklärungen des Berliner Mietervereins  
101 auslegt,
  - 102 • regelmäßig in ihren Publikationen für die Mitgliedschaft im Berliner Mieterverein wirbt,  
103 • regelmäßig in Kooperation mit ihren Mandatsträger\*innen im Mietermagazin, dem Magazin  
104 des Berliner Mietervereins eine Anzeige, schaltet,
  - 105 • jährlich eine mitgliederoffene Veranstaltung zur Berliner Wohnungssituation mit dem  
106 Berliner Mieterverein durchführt, auch um gemeinsame Positionen zu entwickeln, sowie  
107 • bei den weiteren sozialdemokratischen Organisationen für Solidarität, für eine  
108 entsprechende Unterstützung, wirbt.

109  
110 Der Landesvorstand wird beauftragt einen entsprechenden Antrag für den Bundesparteitag zu  
111 formulieren und zu stellen.

112

### **Begründung:**

Die Marktmacht auf dem Wohnungsmarkt ist ungleich verteilt, gerade auch in Berlin, wo viele Menschen wohnen und wohnen wollen. Zum einen gilt es, gerechtere Rahmenbedingungen für die Verteilung dieser Macht juristisch herzustellen. Zum anderen muss die Nachfrageseite, die Mieter\*innen auch innerhalb eines juristischen Rahmens gestärkt werden. Recht haben und Recht bekommen sind auch in unserem Rechtsstaat zwei unterschiedliche Sachen. Als Sozialdemokrat\*innen können wir uns mit Normensetzung allein nicht zufriedengeben, sondern müssen auch die Rechtsdurchsetzung durch konkrete Interessensvertretung stärken. Der Deutsche Mieterbund ist die Interessensvertretung der Mieter\*innen und muss im Interesse der Mieter\*innen allgemein gestärkt werden. Damit wird tatsächlich verbesserte Teilhabe erst ermöglicht. Unsere Partei kann auf dem beschriebenen Weg Solidarität mit den Mieter\*innen verwirklichen.

**ANT 050/06**

Antrag Nr.

**Abt. 03/05 Pankow-Süd**

**16.08.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Solidaritätsprojekt für die Sahauris der SPD Berlin**

- 1 Seit 40 Jahren ist die Demokratische Arabische Republik Sahara völker- und EU-rechtswidrig vom  
2 Königreich Marokko besetzt. Die weltweit anerkannte Vertretung der Sahauris ist die Frente  
3 POLISARIO, beobachtendes Mitglied der Sozialistischen Internationalen. 167.000 Sahauris leben  
4 seit 40 Jahren in Flüchtlingslagern. Bis in die 90er Jahre hinein gab es eine breite  
5 Solidaritätsbewegung, auch in unserer Partei. Doch der Konflikt scheint fast vergessen.  
6 Gleichzeitig wird die Versorgungslage der Geflüchteten immer schlechter.  
7  
8 Daher wird die SPD Berlin ein Solidaritätsprojekt zugunsten der Sahauris starten, in dem zunächst  
9 • unsere Genossin Kerstin Tack MdB und die Frente Polisario zum Landesparteitag zu einer  
10 Rede eingeladen werden;  
11 • humanitäre Unterstützung für die Geflüchteten organisiert wird, die vor allem die  
12 Versorgung mit Medikamenten und Nahrungsmitteln sowie Bildung zum Ziel hat;  
13 • Angehörige der Frente Polisario zu Veranstaltungen der SPD und ihrer  
14 Arbeitsgemeinschaften eingeladen werden;  
15 • mit den Organisationen der sozialdemokratischen Familie Gespräche über weitere  
16 Kooperationen und zur Unterstützung der Frente Polisario geführt werden.

**Begründung:**

Nahe der algerischen Stadt Tindouf befinden sich die saharaischen Flüchtlingslager. Die Lager, fünf an der Zahl, liegen in der algerischen Hammada auf einem weitläufigen Gebiet verteilt. Hier leben nach Angaben Algeriens 165.000 saharaische Flüchtlinge. In den 70er und 80er Jahren entstanden El Aaiun, Smara, Auserd und Dajla – benannt nach den größten Städten der Westsahara. Seit einigen Jahren wird die Siedlung um die nationale Frauenschule namens „27. Februar“ offiziell als fünftes Lager betrachtet. Benannt nach dem Gründungsdatum der Demokratischen Arabischen Republik Sahara (im Jahr 1976) entwickelte sich die Umgebung der Schule zu einem attraktiven Siedlungsort, da er an das algerische Stromnetz angeschlossen ist. Außerdem ist „27. Februar“ gut angebunden sowohl an Tindouf, als auch an Rabouni, das administrative Zentrum der Flüchtlingslager. Der Ausbau eines asphaltierten Straßennetzes hat die Alltagsmobilität in den Flüchtlingslagern erheblich gesteigert. Private Sammeltaxis verkehren zum festen Tarif innerhalb und zwischen den einzelnen Lagern und Tindouf.

In Rabouni befinden sich die Regierungsorgane der DARS, die Büros und Unterkünfte der meisten internationalen Organisationen sowie ausländischer und saharaischer Nichtregierungsorganisationen. Hier werden auch die Hilfslieferungen gelagert, vor ihrer Verteilung durch den saharaischen roten Halbmond. Die saharaischen Flüchtlingslager setzten sich von anderen durch UNHCR verwaltete Lager dadurch ab,

dass sie durch die Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) – folglich von den Flüchtlingen – selbstverwaltet werden. Dabei erkennt Algerien die Souveränität der DARS in die Flüchtlingslager an.

Von Anfang an, bemühte sich die saharauische Exilregierung ein eigenes Bildungs- und Gesundheitssystem in den Lagern zu etablieren. Außerdem verfügt sie über ein eigenes Sicherheits- und Verteidigungsapparat. In den Lagern finden sich Dispensarien, Krankenhäuser, Polizeistationen, Gerichte, Kindergärten, Grund- und Sekundarschulen, sowie weitere Bildungseinrichtungen.

Die Verwaltung agiert auf drei Ebenen: national, regional und lokal. Die Lager werden jeweils als Provinz bezeichnet (wilaya). Sie gliedert sich jeweils in sechs oder sieben sogenannten Gemeinden (daira). Diese wiederum umfassen jeweils vier Nachbarschaften (hay bzw. barrio auf Spanisch). Auf lokaler Ebene sind die Frauen für die Verwaltung zuständig. Die Verteilung von Lebensmitteln und anderen Gütern, die als Teil der internationalen Hilfe an die Flüchtlinge geliefert werden, werden in jeder Nachbarschaft von gewählten und erfahrenen Frauen koordiniert, die eminat. Zugleich sind die Frauen, die jeweils einem Haushalt vorstehen, in Gruppen von elf Personen organisiert. Die Verbreitung von Informationen, kollektive Tätigkeiten, wie etwa die Reinigung von öffentlichen Plätzen innerhalb einer daira oder die Vorbereitung von Festen erfolgt über diese Verwaltungseinheiten.

Neben der Frauenschule „27. Februar“ befindet sich die Zentrale der Frauenunion. Dabei handelt es sich um eines der Massenorganisationen, neben der der Arbeiter- und der Jugend. Seit zwei Jahren existiert zudem eine selbständige Union der Studierenden. Diese Organisationen haben neben ihrer ausführenden Funktion auch ein politisches Gewicht und erhalten zum Beispiel automatisch Sitze im saharauischen Nationalkongress, dem Parlament der Flüchtlingsgesellschaft, das im Prozess der Demokratisierung in den Lagern eine wachsende Rolle spielt.

Nicht nur „27. Februar“ erlebte eine intensiven Zuzug von Haushalten. Seit dem in den vergangenen zehn Jahren sowohl Smara als auch El Aaiun über eine Asphaltstraße verbunden sind, verließen viele die Lager Ausserd und Dajla. Obwohl Dajla inzwischen ebenfalls über eine ausgebaute Straße zu erreichen ist, bleibt sie durch die Entfernung zu Tindouf und Rabouni weiterhin abgelegen.

Abgesehen vom „27. Februar“, sind die Haushalte und die Einrichtungen auf Solarplatten oder Dieselgeneratoren angewiesen, um Strom zu erzeugen. Während die Haushalte Butangasflaschen als Teil der Hilfslieferung erhalten, was zum Kochen verwendet wird, müssen die Kosten für Solarplatten, Autobatterien und Leuchtkörper, von den Haushalten getragen werden. Das gleiche gilt für die Lehmgebäuden, die inzwischen das Bild der Lager dominieren. Weiterhin erhält jede Frau nach ihrer ersten Ehe und damit einhergehenden Gründung eines eigenen Haushaltes die Bestandteile eines Zelt. Die Zelte, werden als haima bezeichnet. Die meisten Familien verfügen inzwischen neben ihrer haima über eine oder mehrere Lehmräume. Immer häufiger werden nun in sich geschlossenen Häuser gebaut. Dabei läuft ein Flur mit Türen an beiden Enden durch die Mitte des Gebäudes, während die einzelnen Räume davon abgehen. Diese Häuser werden als kejkota bezeichnet, wobei der Name auf das französische Wort für Schnellkochtopf zurückgeht, eben weil sie in sich geschlossen sind, im Gegensatz zu der haima, die eine Öffnung in alle vier Himmelsrichtungen hat.

Neben Zelt und Gas erhalten die Haushalte monatliche Nahrungsrationen. Während seit Jahren sinkende Rationen beklagt werden und es durch die Finanzkrise zu zusätzlichen Ausfällen gekommen ist, stehen die Hilfsorganisationen schon lange vor dem Problem, dass sie Notrationen bemessen, die eine adäquate Versorgung über 37 Jahren nicht gewährleisten können.

**ANT 051/06**

Antrag Nr.

**Abt. 03/05 Pankow-Süd**

**16.08.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Unterstützung für die Menschen in der Westsahara**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhauses werden beauftragt, folgende  
2 Beschlüsse herbei zu führen:  
3  
4 • Das Abgeordnetenhaus von Berlin wird sich für die Flüchtlinge aus der Westsahara und für  
5 ihr Recht auf Selbstbestimmung durch ein UN-geführtes Referendum einsetzen.
- 6 • Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf, sich an den Projekten der  
7 Entwicklungszusammenarbeit anderer Bundesländer zu beteiligen und eigene zu  
8 entwickeln.
- 9 • Das Abgeordnetenhaus von Berlin fordert den Senat auf, sich bei der Bundesregierung  
10 und auf EU-Ebene dafür einzusetzen,
- 11 • dass das zugesagte UN-geführte Referendum durchgeführt wird,
- 12 • dass die internationalen Organisationen in die Lage versetzt werden, eine  
13 ausreichende Versorgung der Flüchtlingslager im Grenzgebiet der Westsahara  
14 sicherzustellen, sowie
- 15 • dass Bürgerinnen und Bürger der Demokratische Arabische Republik Sahara,  
16 insbesondere Kinder und Jugendliche, vereinfacht nach Deutschland einreisen  
17 können.
- 18 Ein entsprechender Auftrag ergeht an die sozialdemokratischen Mitglieder des Deutschen  
19 Bundestages.  
20

**Begründung:**

Nach Rückzug der spanischen Kolonialherrschaft 1975 besetzte Marokko die Westsahara. Die Befreiungsbewegung Frente Popular de Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro (Frente Polisario) führte dagegen einen bewaffneten Kampf. Am 27.02.1976 wurde der Exilstaat Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) gegründet. Hunderttausende Flüchtlinge brachten sich vor Phosphor- und Napalmbomben der marokkanischen Armee in Südwestalgerien in Sicherheit. Nahe der Grenzstadt Tindouf leben auf einem Gebiet von der Größe des Saarlandes rund 160.000 Menschen in vier großen Lagern (Villayas). Die menschenfeindliche Wüste und die Abhängigkeit von internationaler Hilfe machen diesen brutalen, aber weitgehend vergessenen Konflikt zunehmend unerträglich.

Dem Befreiungskampf der Frente Polisario gegen Marokkos Armee folgte auf Druck der UNO 1991 ein Waffenstillstand gegen die Zusage, das Selbstbestimmungsrecht der Sahauris durch ein UN-geführtes Referendum zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts bereits 1992 durchzuführen. Die UN-Friedensmission MINURSO wurde mit der Durchführung des Referendums 1992 beauftragt. Bis heute ist es Marokko gelungen, den Sahauris das Referendum zu verweigern.

Im Bündnis mit Frankreich beharrt Marokko auch darauf, dass das bestehende UN-Mandat keinen Auftrag zur Überwachung der Menschenrechtssituation in den besetzten Gebieten enthält. Es ist das einzige Friedensmandat der UNO ohne diesen Auftrag. Nach den aktuellen Berichten von amnesty international und Human Rights Watch gehören die Verletzungen der Menschenrechte durch Marokko zu den schlimmsten in Afrika. Marokko hält zwei Drittel des Gebietes besetzt und unterhält einen bis zu zehn Meter hohen verminten Sandwall von 2.400 Kilometern Länge zum Schutz der widerrechtlichen Nutzung der reichen Ressourcen der Westsahara, insbesondere der Phosphatlager und des großen Fischreichtums der saharauischen Gewässer.

Der arabische Frühling nahm im Herbst 2010 in der Westsahara seinen Anfang: Vier Wochen lang demonstrierten rund 20.000 Sahauris friedlich in dem Zeltlager „Gdeim Izik“ vor den Toren der Hauptstadt El Aaiun für soziale Gerechtigkeit und baldige Durchführung des Referendums. Dann wurde das Zeltlager von der marokkanischen Besatzungsmacht militärisch abgeriegelt und Journalisten der Zugang verweigert. Nach Durchsetzung der Informationssperre erfolgte der Sturm des Zeltlagers durch marokkanisches Militär und Spezialeinheiten. Die Zahl der Toten und Verletzten variiert je nach Quelle stark.

Die EU hat Marokko zum „privilegierten Partner“ erkoren und schließt mit Marokko Handelsabkommen, die die Plünderung der Westsahara und der Küstengewässer mitbeinhalten. Ganz anders die USA, die die Westsahara in Handelsabkommen mit Marokko einschließlich der Küstengewässer ausdrücklich ausschließen.

Auch die Bundesregierung unterstützt den Kurs der EU in den Abkommen von Rabat (2013) und Marrakesch (2015), was die Medien in Marokko als Unterstützung der marokkanischen Position im Westsaharakonflikt interpretieren.

Der saharauische Exilstaat DARS ist währenddessen von rund 70 Staaten völkerrechtlich anerkannt und Mitglied in der Afrikanischen Union (AU). Marokko verließ die AU nach Anerkennung durch Südafrika und Namibia. Die vorletzte Kolonie Afrikas – Namibia – wurde 1990 nach einem UN-Referendum frei und setzt sich heute aktiv für die Freiheit der letzten Kolonie Afrikas – der Westsahara – ein. Marokko ist in Afrika durch seine brutale Besatzungspolitik und den Bruch des Völkerrechts isoliert.

Die SPD hat die Frente Polisario – wie auch die Befreiungsbewegungen ANC (Südafrika) und SWAPO (Namibia) – stets bei der Durchsetzung ihrer völkerrechtlichen und menschenrechtlichen Ansprüche mit politischen Initiativen unterstützt. Weitere Partner waren bzw. sind terre des hommes, medico international, die Gesellschaft der Freunde des saharuischen Volkes und der Verein „Freiheit für die Westsahara“, dessen Kuratorium unter der Schirmherrschaft des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft steht. Bremen hat im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit auch zeitweilig verschiedene Projekte mehrerer Bundesländer für die Westsahara koordiniert.

Im Jahr 2013 zeichnete der Senat die Menschenrechtsaktivistin Aminatou Haidar mit dem Bremer Solidaritätspreis aus. Sie hat damals eine kleine Delegation der Bremischen Bürgerschaft in die besetzten Gebiete eingeladen. Ein gemeinsamer Besuch, möglichst unter Beteiligung von anderen internationalen parlamentarischen Vertretungen und Nichtregierungsorganisationen, sei



ein geeignetes Mittel, das Schweigen in der EU über dieses Unrecht zu beenden und die Vereinten Nationen in ihrem Bemühen zu unterstützen.

Die aktuellen Einreisebestimmungen verhinderten die Erholung von Kindern und Jugendlichen im vergangenen Jahr im Internationalen Kinder-Zeltlager der Internationalen Falken-Bewegung / Sozialistische Erziehungs-Internationale.

**ANT 052/06**

Antrag Nr.

**Abt. 03/05 Pankow-Süd**

**16.08.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Partnerschaft Pankows mit einem Flüchtlingslager des saharaischen Volkes**

- 1 Die Sozialdemokrat\*innen im Bezirk Pankow wissen in historischer Perspektive, was es bedeutet,
- 2 von Selbstbestimmungsrecht und Freiheit ausgeschlossen zu sein. Sie kennen den Wert
- 3 solidarischer Unterstützung für die Verbesserung der eigenen Lage.
- 4
- 5 Daher werden die sozialdemokratischen Bezirksverordneten beauftragt, Beschlüsse herbei zu
- 6 führen, die dazu führen, dass der Bezirk Pankow unter freiwilliger Einbeziehung der Parteien,
- 7 Gewerkschaften, Verbänden und Vereinen eine Delegation nach Tindouf mit dem Ziel entsendet,
- 8 dort eine offizielle Partnerschaft mit einem Flüchtlingslager des saharaischen Volkes
- 9 abzuschließen.
- 10
- 11 Dies geschieht in Abstimmung der Frente Polisario als legitimer Vertretung des saharaurischen
- 12 Volkes.

**Begründung:**

Nach Rückzug der spanischen Kolonialherrschaft 1975 besetzte Marokko die Westsahara. Die Befreiungsbewegung Frente Popular de Liberación de Saguía el Hamra y Río de Oro (Frente Polisario) führte dagegen einen bewaffneten Kampf. Am 27.02.1976 wurde der Exilstaat Demokratische Arabische Republik Sahara (DARS) gegründet. Hundertausende Flüchtlinge brachten sich vor Phosphor- und Napalmbomben der marokkanischen Armee in Südwestalgerien in Sicherheit. Nahe der Grenzstadt Tindouf leben auf einem Gebiet von der Größe des Saarlandes rund 160.000 Menschen in vier großen Lagern (Villayas). Die menschenfeindliche Wüste und die Abhängigkeit von internationaler Hilfe machen diesen brutalen, aber weitgehend vergessenen Konflikt zunehmend unerträglich.

Dem Befreiungskampf der Frente Polisario gegen Marokkos Armee folgte auf Druck der UNO 1991 ein Waffenstillstand gegen die Zusage, das Selbstbestimmungsrecht der Sahauris durch ein UN-geführtes Referendum zu einer dauerhaften Lösung des Konflikts bereits 1992 durchzuführen. Die UN-Friedensmission MINURSO wurde mit der Durchführung des Referendums 1992 beauftragt. Bis heute ist es dem Königreich Marokko gelungen, den Sahauris das Referendum sowie ihnen wie den eigenen Bürger\*innen Demokratie und Freiheit zu verweigern. Solidarische Unterstützung unterschiedlicher Ebenen und unter Beteiligung der Zivilgesellschaft sind erfolversprechende Ansätze, um die Lage der Sahauris als Geflüchtete zu verbessern.

**ANT 053/06**

Antrag Nr.

**AsF Pankow**

**19.08.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Notbetten für obdachlose Frauen in Pankow schaffen**

- 1 Die SPD-Pankow fordert die SPD-Fraktion auf, sich in der Bezirksverordnetenversammlung dafür
- 2 einzusetzen, dass der Bezirk Pankow Notbetten für obdachlose und von Gewalt betroffene
- 3 Frauen schafft.

**Begründung:**

In Berlin leben über 6.000 wohnungslose Menschen, darunter sind auch zahlreiche Frauen. Die Ausstattung mit Notbetten, die Betroffene ohne Meldung beim Sozialamt oder Job-Center in ihrer Not aufsuchen können, ist in der gesamten Stadt aktuell nicht ausreichend. So gibt es für obdachlose und von Gewalt betroffene Frauen derzeit weniger als hundert Notbetten, die ihnen in geschützten Räumen, getrennt von obdachlosen Männern, eine sichere Unterkunft bieten. Hier besteht dringender Handlungsbedarf, deshalb fordern wir den Bezirk Pankow auf, die Ausstattung an Notbetten für Frauen im Bezirk auszubauen. Unsere Aufgabe als SPD ist es, die Schwächsten in unserer Gesellschaft, die sich nicht mehr allein aus eigener Kraft aus ihrer prekären Lage befreien können, zu unterstützen.

Weitere Begründung erfolgt mündlich.

**ANT 054/06**

Antrag Nr.

**Jusos Pankow**

**19.08.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit zum Parteiausschlusskriterium machen**

1 Der § 35 Parteiordnungsverfahren des Organisationsstatuts der SPD soll um das  
2 Parteiausschlusskriterium „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ erweitert werden.  
3 Demnach soll im Absatz

4  
5 „(1) Gegen ein Mitglied, das gegen  
6 1. die Statuten oder  
7 2. die Grundsätze oder  
8 3. die Ordnung der Partei verstößt,

9  
10 kann ein Parteiordnungsverfahren durchgeführt werden. Gegen die Grundsätze der SPD  
11 verstößt insbesondere, wer das Gebot der innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt  
12 oder sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht.  
13 Gegen die Ordnung der Partei verstößt insbesondere, wer beharrlich Beschlüssen des  
14 Parteitages oder der Parteiorganisation zuwider handelt.“

15  
16 der Satz 2 erweitert werden zu:

17  
18 „Gegen die Grundsätze der SPD verstößt insbesondere, wer das Gebot der  
19 innerparteilichen Solidarität außer Acht lässt, sich einer ehrlosen Handlung schuldig macht  
20 oder *gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, insbesondere Rassismus, Homophobie,*  
21 *Sexismus, Antisemitismus und / oder Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Religion,*  
22 *Weltanschauung oder aufgrund von Beeinträchtigungen, an den Tag legt.*

**Begründung:**

Die bisherige Formulierung des § 35 des Organisationsstatuts definiert nicht klar genug, bei welchen Verstößen ein Ausschlussverfahren zielführend eingeleitet werden kann. Menschenfeindliche Äußerungen, die sich insbesondere auf Gruppen und/oder Minderheiten beziehen, sind nach unserem Verständnis mit den Grundwerten der Sozialdemokratie nicht vereinbar. Dies betrifft sowohl verachtende Äußerungen in Hinblick auf Rassismus, aber auch Homophobie, Sexismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Abwertung von Menschen mit Beeinträchtigungen. Dies sollte durch unser Organisationsstatut unzweifelhaft abgebildet und „das Gebot der innerparteilichen Solidarität“ sowie das Verbot der „ehrlose[] Handlung“ entsprechend um das Merkmal „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ ergänzt und präzisiert werden. Zum Begriff der „gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit“ siehe <https://pub.uni-bielefeld.de/project/P439>.

**ANT 055/06**

Antrag Nr.

**Klaus Mindrup, MdB über Abt.06/Alt-Pankow**

**19.08.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Diesel-Skandal muss Konsequenzen haben – Rechte der Betroffenen stehen an oberster Stelle!**

- 1 Vor zwei Jahren begann der Skandal um Betrugssoftware in Dieselfahrzeugen von VW. Was sich  
2 als Versagen eines einzelnen Konzerns dargestellt hatte, entpuppt sich nun als organisierter  
3 Betrug deutscher Autohersteller und Teilen der Zulieferindustrie. Aufsichtsbehörden und Teile der  
4 Politik haben diesen Skandal mit ermöglicht.  
5  
6 Der „Dieselgipfel“ Anfang August hat zur Lösung des Problems nicht beigetragen und den  
7 Eindruck erweckt, Politik und Wirtschaft würden die gesundheitlichen Belastungen der von den  
8 Emissionen tagtäglich Betroffenen in den Städten ignorieren und auch die Konsequenzen für die  
9 Eigner\*innen von Dieselfahrzeugen nicht beachten.  
10  
11 Die Politik muss hier umsteuern: Die Autokonzerne und ihre Manager\*innen in die Verantwortung  
12 zu nehmen, ist eine Frage der Gerechtigkeit. Es darf nicht mit zweierlei Maß gemessen werden.  
13 Autofahrer\*innen dürfen nicht auf den Kosten sitzen bleiben. Arbeitnehmer\*innen dürfen nicht den  
14 Preis für die Verfehlungen der offenbar entrückten Vorstände zahlen müssen.  
15  
16 Deshalb fordern wir, aus dem Diesel-Skandal folgende Konsequenzen zu ziehen:  
17  
18 **1. Notwendige technische Nachrüstungen für betroffene Dieselaautos müssen auf Kosten**  
19 **des jeweiligen Autobauers bei voller Kompensation der Eigentümer\*innen ausgeführt**  
20 **werden.** Es ist wahrscheinlich, dass Software-Aktualisierungen allein nicht helfen werden, um  
21 Dieselabgase zu reinigen. Die Verantwortlichen müssen aufhören den Bürger\*innen in die Tasche  
22 zu lügen. Hier hilft nur eines: Die Konzerne müssen klare Garantien abgeben, dass die Software-  
23 Updates erstens die angegebenen Umweltentlastungen erreichen und zweitens die vorhandene  
24 Hardware nicht schädigen. Weiterhin ist eine persönliche Haftung der Vorstände notwendig, wie  
25 sie z.B. bei kleinen und mittleren Unternehmen üblich ist. Erst wenn die Garantien und die  
26 persönlichen Haftungserklärungen abgegeben sind, zeigt die Automobilindustrie, dass sie wirklich  
27 ernsthaft das Kapitel „tricksen und täuschen“ beenden will.  
28  
29 **2. Die Rechtsdurchsetzung für Verbraucher\*innen muss verbessert werden. Wer Recht hat,**  
30 **soll auch Recht bekommen.** Eigentümer\*innen von betroffenen Fahrzeugen sollten einfacher  
31 und kostengünstiger ihr Recht vor Gericht durchsetzen können. Durch die Einführung einer  
32 Musterfeststellungsklage wollen wir diese Möglichkeit schaffen und Verbraucher\*innen stärken.  
33 Qualifizierte Verbände sollen rechtliche Streitigkeiten, die viele Verbraucher\*innen betreffen,  
34 künftig mit nur einer Klage vor Gericht klären lassen können. Das Musterverfahren wird in einem

35 elektronischen Klageregister öffentlich bekannt gemacht, die Anmeldung soll gegen eine geringe  
36 Gebühr erfolgen. Mit der Musterfeststellungsklage schaffen wir ein Instrument, mit dem  
37 Verbraucher\*innen ihre Rechte auch gegenüber Großkonzernen einfach und rasch durchsetzen  
38 können. Bislang sind die Menschen oft auf sich allein gestellt: Sie müssen sich ihr gutes Recht  
39 individuell, kompliziert und teuer zu erstreiten. Das hält viele Betroffene davon ab, ihre Ansprüche  
40 durchzusetzen. Heiko Maas und Martin Schulz haben hier bereits einen Vorschlag dazu vorgelegt.  
41 Die Musterfeststellungsklage könnte in Deutschland bereits längst Gesetz sein und den  
42 Autokäufer\*innen offenstehen, wenn die Union sie nicht blockiert hätte.

43  
44 **3. Die Sicherung von Arbeitsplätzen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland muss**  
45 **oberste Priorität haben.** Mit der Bildung eines illegalen Automobilkartells hat die deutsche  
46 Autoindustrie nur Verlierer\*innen produziert. Verbraucher\*innen und die Umwelt zahlen die Zeche.  
47 Der Ruf Deutschlands als innovativer Technologiestandort – insbesondere im Bereich der  
48 Umwelttechnik – leidet massiv. Die Autoindustrie muss stärker kontrolliert werden und mit allen  
49 Mitteln der Wettbewerbsmarkt wiederhergestellt werden.

50  
51 **4. Politik und Autoindustrie müssen entflochten, Wechsel von Ministerien in die Industrie**  
52 **erschwert und Lobbyist\*innen stärker kontrolliert werden.** Der Dieselskandal ist auch durch  
53 die enge Verflechtung von Politik und Automobilwirtschaft ermöglicht worden. Effektive Aufsicht  
54 kann nur durch strikte Trennung erfolgen. Daher gilt es, die engen Verflechtungen zwischen  
55 Automobilindustrie und Politik zu kappen. Mitarbeiter\*innen der Automobilkonzerne dürfen nicht  
56 mehr länger im Verkehrsministerium tätig sein. Spitzenpolitiker\*innen dürfen nicht einfach aus  
57 Ministerien innerhalb weniger Wochen in Vorstandsposten der Industrie wechseln und Einfluss auf  
58 Regierungshandeln nehmen dürfen. Wir fordern daher eine verlängerte Abklingphase von zwei  
59 Jahren, bevor hochrangige Ministeriumsmitarbeiter\*innen ihrer Kontakte wegen in die Wirtschaft  
60 wechseln dürfen. Den Fall des Kanzlerin-Vertrauten, Eckhard von Kläden, der nun im  
61 Abgasskandal das Kanzleramt beeinflusst hat, hätte es nie geben dürfen.

62  
63 **5. Wir brauchen einen klaren Stufenplan hin zu emissionsfreier Mobilität. Ähnlich wie im**  
64 **Bereich Atom- und Kohleindustrie, brauchen wir einen Stufenplan, um einen Übergang zu**  
65 **emissionsfreier Mobilität zu schaffen.** Dazu verpflichtet uns schon das Pariser  
66 Klimaabkommen. Nur eine politische Entscheidung kann die nötige Klarheit für alle  
67 Marktteilnehmer\*innen und gute Rahmenbedingungen für Innovationen schaffen. Dieselaabgase  
68 zu reinigen ist aufwendig und teuer und sollte lediglich eine Übergangstechnologie hin zu  
69 emissionsfreier Mobilität sein. In einem ersten Schritt sind die Subventionen für Diesel zu streichen  
70 und die freiwerdenden Mittel sind in einem guten öffentlichen Nahverkehr, in Forschungsgelder für  
71 emissionsfreie Mobilität und den Umbau unserer Strom- und Gasnetze umzulenken.

72  
73 **6. Der Umgang mit Fahrverboten und Umrüstungen muss sozial verträglich umgesetzt**  
74 **werden. Es muss sichergestellt werden, dass Bewohner\*innen von Innenstadtbereichen**  
75 **nicht doppelt belastet werden.** Einerseits leiden Sie am meisten unter den Emissionen und  
76 verlieren unter Umständen auch noch die Erlaubnis ihr Fahrzeug zu nutzen. Besonders  
77 Kleinunternehmer\*innen müssen davor geschützt werden unverschuldet ihrer Arbeit nicht  
78 nachgehen zu können, weil Fahrzeuge nicht mehr nutzbar sind.

79  
80 **7. Verantwortlichkeiten müssen schonungslos aufgeklärt werden.** Die Öffentlichkeit hat ein  
81 Recht zu erfahren, welche Unternehmen und Personen wann und in welchem Rahmen betrogen  
82 haben. Ebenso ist lückenlos aufzuklären, ob Aufsichtsbehörden Fehler oder sich gar mit schuldig  
83 gemacht haben sowie ob und ab wann Regierungsmitglieder auf Landes- und Bundesebene von  
84 den Betrugsvorwürfen und der Kartellbildung gewusst haben. Es muss klargestellt werden, dass  
85 Manager\*innen bei schwerem Fehlverhalten zukünftig einer persönlichen Haftung unterzogen  
86 werden, aus der sie sich auch nicht durch Versicherungen herauskaufen können.

87 **8. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor den krebserzeugenden**  
88 **Dieselmotoremissionen effizient schützen.** Der neu beschlossene und im Oktober  
89 veröffentlichte Grenzwert bei Dieselmotoremissionen von 50 Mikrometer ( $\mu\text{m}$ ) muss eingehalten  
90 werden. zur Überwachung und Überprüfung müssen dafür die Arbeitsschutzbehörden mit den  
91 notwendigen personellen und technischen Ressourcen ausgestattet werden.  
92

### **Begründung:**

Die Einigung zwischen Autoindustrie, Bund und Ländern beim „Dieselgipfel“ Anfang August war ein Schlag ins Gesicht der Eigentümer\*innen von Dieselfahrzeugen. Ziel der Absprachen zwischen den Herstellern der Diesel-Fahrzeuge und dem Bundesverkehrsminister war es offensichtlich, lediglich Zeit zu gewinnen und zu hoffen, dass sich der Skandal damit zerstreuen lässt.

Mit einer Aktualisierung der Software in Dieselaautos kommt die Industrie zu glimpflich davon. Mit großer Wahrscheinlichkeit wird aber auch eine neue Software nicht die Ergebnisse betrügerischer Absprachen und baulicher Mängel richten. Weiterhin werden die Grenzwerte in vielen Fällen nicht eingehalten. Daher sind Fahrverbote in Innenstädten auch nach dem Gipfel ein wahrscheinliches Szenario. Betriebe, Handwerker\*innen und private Nutzer\*innen würden in Ihrer Fahrzeugnutzung extrem eingeschränkt und müssten außerdem den wirtschaftlichen Schaden des Wertverlusts ihrer Fahrzeuge tragen, nach derzeitigen Schätzungen 15 Milliarden Euro. Wir haben es hier mit einem Versagen selbsternannter Eliten zu tun, die in den letzten Jahren immer die Leistungsgesellschaft gepredigt haben und sich jetzt vor ihrer Verantwortung drücken wollen.

Dabei geht es neben dem Schutz des Klimas und unserer Gesundheit auch um die Zukunft der deutschen Automobilindustrie. Diese muss offensichtlich vor ihren eigenen nur dem kurzfristigen Profit verpflichteten Manager\*innen geschützt werden. Wenn Manager\*innen und Aufsichtsräte der deutschen Automobilindustrie durch strafbare Absprachen und auf Kosten der Konsumenten\*innen Innovation und Investitionen dem Ziel kurzfristiger Profite unterordnen, besteht eine ernsthafte Gefahr für den Wirtschaftsstandort Deutschland und seine Wettbewerbsfähigkeit. Während andere – überwiegend ausländische – Autohersteller seit Jahren andere saubere Technologien zur Marktreife gebracht haben, pflegen die deutschen Autohersteller eine Technologie, deren Nachteil vor allem in den schwer zu vermeidenden Emissionen liegt. Anstatt in saubere Mobilität zu investieren, sprachen sich die Manager\*innen mehrerer Autobauer ab, zum Schaden unserer aller Gesundheit und der Umwelt.

Während in den USA infolge der Abgasmanipulationen hohe Strafen gezahlt, Schadensersatz in großen Umfang geleistet werden muss, sogar Haftstrafen für Automobilmanager\*innen drohen und die ganze Technologie grundlegend in Frage gestellt wird, kommen die Autobauer hierzulande bisher mit verhältnismäßig überschaubaren Anpassungen durch. Es ist nicht hinzunehmen, dass US-Verbraucher\*innen Schadensersatz gewährt wird und deutschen Verbraucher\*innen nicht.

Gleichzeitig erleben wir ein völliges Ungleichgewicht im Klimaschutz. Während die Regeln für Gebäude ständig verschärft werden, begnügt sich der Verkehrsminister mit Minimalzusagen seitens der Autoindustrie, dass eine Software-Aktualisierung die nötige Abhilfe schaffen würde. So werden wir die Klimaschutzziele für 2020 trotz der Zusagen der Bundeskanzlerin Dr. Merkel krachend verfehlen.

Dieser verfehlten Politik müssen wir Einhalt gebieten und mit einem eigenen Konzept entgegentreten. Mit dem vorliegenden Antrag möchten wir hierzu einen Beitrag leisten.

**ANT 056+57+58 neu (Initiativantrag)**

Antrag Nr.

**Jusos /Abt 03/11 (Mauerpark)**

**30.09.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Die Bundes-SPD stärker machen, Glaubwürdigkeit wiedergewinnen:  
Auftrag zur Opposition annehmen – echten Neuanfang wagen – für  
klare linke Politik eintreten!**

1 Das Wahlergebnis spricht eine klare Sprache: Die Große Koalition wurde abgewählt. Auch wir  
2 wollen nicht in einer Großen Koalition weitermachen. Nach vier Jahren teilweise fauler  
3 Kompromisse ist es jetzt Zeit für die SPD, wieder zu ihren Grundwerten zurückzukehren und die  
4 Menschen für ihren Entwurf von einer freien, gerechten und solidarischen Gesellschaft zu  
5 gewinnen.

6  
7 Die Große Koalition hat zu einem Erstarken des rechten Randes geführt. Rassistischen  
8 Hetzer\*innen im Bundestag dürfen wir nicht die Oppositionsführung überlassen. Sie haben den  
9 politischen Diskurs bereits viel zu sehr bestimmt. Deswegen liegt jetzt die Verantwortung der SPD  
10 darin, echte, linke Alternativen zu einer voraussichtlich konservativen und wirtschaftsliberalen  
11 Regierungspolitik aufzuzeigen und im Hinblick auf die nächste Wahl Mehrheiten für eine  
12 progressive, linke Politik zu organisieren.

13  
14 Wir begrüßen deshalb die Absage des Bundesvorstandes an eine neue Große Koalition. Diese  
15 Absage muss auch im Falle drohender Neuwahlen gelten, sollte keine „Jamaika“-Koalition  
16 zustande kommen, oder für den Fall, dass die Union die Kanzlerin auswechselt, um der SPD den  
17 Einstieg in die Große Koalition zu erleichtern. Auch nach einem möglichen Scheitern einer  
18 Koalition aus Union, Grünen und FDP im Laufe der Legislaturperiode muss gelten: Die SPD  
19 nimmt in dieser Legislaturperiode keine Verhandlungen zur Bildung einer neuen Großen Koalition  
20 auf und führt die Opposition im neuen Bundestag an.

21  
22 Folgende Überlegungen stehen dabei im Mittelpunkt:

- 23
- 24 • Eine große Koalition muss bei der Bildung einer Regierung eine Ausnahme darstellen. Die  
25 dritte Große Koalition in zwölf Jahren würde diese Ausnahme zu einer Regel werden  
26 lassen. Dies würde die Opposition weiter degradieren und marginalisieren – mit  
27 entsprechenden Auswirkungen auf das Parteiensystem, die Verortung der Parteien und  
28 die politische Kultur.
  - 29 • Aus dem Wahlergebnis vom 24.09. leiten wir ab, dass eine Mehrheit der Wähler\*innen  
30 eine weitere Regierungsbeteiligung der SPD nicht wünscht.
  - 31 • Träte die SPD in dieser Legislaturperiode in die Regierung ein, würde die AfD stärkste  
32 Oppositionspartei. Die Opposition würde von einer rechtsradikalen Partei angeführt. Das  
33 kann und darf die SPD nicht zulassen.
  - 34 • Die Reaktionen auf die Nominierung von Martin Schulz haben gezeigt, dass viele  
35 Menschen hungrig sind auf eine neue Politik: emanzipatorisch, europäisch, weltoffen.



- 36 Dieses Potenzial müssen wir nutzen. Und das können wir nur in der Abgrenzung von einer  
37 Regierung, die europäische Errungenschaften in Frage stellt, nicht als Teil einer solchen.
- 38 • In diesem Jahr sind viele Menschen unserer Partei beigetreten – zuletzt fast tausend in  
39 der Wahlnacht. Diesen Schritt haben sie auch getan, weil sie eine weitere Kanzlerschaft  
40 der Union unter unserer Regierungsbeteiligung ablehnen. Sie bereichern unsere Partei mit  
41 frischen Ideen und beleben die Art und Weise, wie wir in der SPD diskutieren. Diesen  
42 Menschen wollen wir eine politische Heimat sein.
  - 43 • Wir haben in den letzten Jahren im Bund und in vielen Ländern regiert, wir haben  
44 sozialdemokratische Inhalte durchgesetzt, wir haben Debatten geprägt. Dennoch sind  
45 unsere Gestaltungsoptionen eingeschränkt wie selten, sind unsere Wahlergebnisse nicht  
46 die, die wir für uns beanspruchen. Opposition ist in dieser Situation nicht „Mist“, sondern  
47 die einzig rationale Entscheidung.

48  
49 Die Geschichte hat immer gezeigt, dass die SPD an der Spitze der gesellschaftlichen Entwicklung  
50 stehen muss: gleiche Rechte für Männer und Frauen, die menschlichere Gestaltung der  
51 Arbeitswelt, die Überwindung von Grenzen und die Verbesserung der Lebenswirklichkeit aller  
52 Menschen. All das haben wir erreicht, daran müssen wir anknüpfen! Wir haben eine  
53 Verantwortung, die wir nur dann übernehmen können, wenn wir uns nicht weiterhin durch eine  
54 Beteiligung an der großen Koalition marginalisieren lassen.

55  
56 Die voraussichtlich letzte Amtszeit der Kanzlerin wird nicht die Zeit sein, die dafür notwendigen  
57 Debatten aus der Regierung heraus zu führen – wir werden und wollen die gesellschaftliche  
58 Veränderung vorantreiben, die die Konservativen nicht unterstützen. Wir wollen die Opposition!  
59 Alleine mit dem Gang in die Opposition wird die SPD jedoch verlorene Glaubwürdigkeit nicht  
60 wieder zurückholen können. Dies kann nur mit einem echten Neuanfang funktionieren – sowohl in  
61 inhaltlicher als auch in personeller Hinsicht.

62  
63 Wir wollen für unseren Gesellschaftsentwurf Mehrheiten finden und nicht unsere Programmatik  
64 nach mutmaßlichen Mehrheiten und dem größtmöglichen Konsens mit der Union ausrichten.  
65 Unsere linken, progressiven Ideen werden wir nur mit Gesichtern glaubwürdig vertreten können,  
66 die nicht untrennbar mit der Agenda-Politik und/oder der Großen Koalition und ihren  
67 Kompromissen verbunden sind. Dies muss sich bei den anstehenden Wahlen in der Fraktion und  
68 der Partei widerspiegeln.

69  
70 Vom Parteivorstand muss deshalb über den Ausschluss einer Großen Koalition hinaus ein klares  
71 Signal ausgehen, dass Konsequenzen aus dem schlechtesten Bundestagswahlergebnis der SPD  
72 in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gezogen werden und die Verantwortung für  
73 diese Niederlage übernommen wird. Der SPD muss es bei den Parteivorstandswahlen im  
74 Dezember gelingen, das Signal eines echten Neuanfangs zu senden.

75  
76 Der neue Vorstand muss der unverzichtbaren personellen und inhaltlichen Neuaufstellung der  
77 SPD gerecht werden und darf in seiner Gesamtheit nicht als untrennbar verbunden mit den  
78 Agenda- und GroKo-Zeiten empfunden werden. Die Neuwahl des Vorstands sowie der Prozess  
79 der Neuaufstellung der SPD müssen mit breitestmöglicher Mitgliederbeteiligung stattfinden. Dazu  
80 gehört auch die Urwahl des Parteivorsitzes, beispielweise ähnlich Labour in Großbritannien.

81

**ANT 59 neu (Initiativantrag)**

---

Antrag Nr.

**Dennis Buchner (Abt. 03/07)**

**30.09.2017**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung möge beschließen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Die Berliner SPD stärker machen**

---

- 1 Mit dem verlorenen Volksentscheid Tempelhof, den klaren Verlusten bei den Berliner Wahlen in  
2 2016, dem Rückfall auf Platz 3 bei der Bundestagswahl und dem verlorenen Volksentscheid  
3 Tegel hat die Berliner SPD vier empfindliche Niederlagen in nicht einmal vier Jahren hinnehmen  
4 müssen.
- 5 Gleichzeitig gibt es positive Anzeichen: in den letzten Jahren teils stark steigende  
6 Mitgliederzahlen, sowie einzelne erfreuliche Ergebnisse in Wahlkreisen.
- 7 Nach der verlorenen Wahl im vergangenen Jahr hatte eine Arbeitsgruppe getagt und analysiert.  
8 Leider ist diese Analyse weitgehend folgenlos geblieben. Ein „Weiter so“ darf es aber nicht geben,  
9 wenn die SPD nicht auch in Berlin ihre Führungsrolle verlieren will. Außerdem fällt der SPD Berlin  
10 durch die rot-rot-grüne Koalition in unserem Bundesland eine besondere Rolle und Verantwortung  
11 bei der Organisation linker Machtoptionen auf Bundesebene zu: Nur wenn Rot-Rot-Grün in Berlin  
12 spürbare Verbesserungen für die Menschen bringt, können wir dafür auch auf Bundesebene  
13 glaubwürdig und erfolgreich werben.
- 14 1. Die Partei muss sich personell breiter aufstellen. Dazu gehört auch, dass ein  
15 Geschäftsführender Landesvorstand in Zukunft nicht fast komplett aus Mitgliedern der  
16 Landesregierung bestehen sollte und dass die wenigen herausragenden Positionen  
17 unterschiedlich besetzt werden.  
18 Eine breitere Aufstellung bedeutet auch, die Vielfalt stärker abzubilden, die in der Partei  
19 sehr wohl vorhanden ist, Frauen und Männer, junge und ältere, Menschen mit  
20 unterschiedlichen Lebenshintergründen. All das gilt es abzubilden.  
21
- 22 2. Die SPD muss interessant bleiben und Ort der politischen Willensbildung sein, u.a. mit  
23 interessanten Formaten wie Zukunftswerkstätten, Programmforen, Mitgliederbefragungen.  
24 Zu oft sind unsere Veranstaltungen nur noch ein Frage-Antwort-Spiel zwischen Mitgliedern  
25 und Regierungsmitgliedern und kein gemeinsames Diskutieren und Erarbeiten von  
26 Zukunftslösungen mehr.  
27
- 28 3. In der Ära Wowereit waren wir stolz darauf, die „Berlinpartei“ zu sein, die in Ost und West  
29 etwa gleichstark war. Das hat sich dramatisch verändert. In den ehemaligen Ostbezirken  
30 und in der urbanen Stadtmitte konkurrieren vier bis fünf Parteien, in manchen Bezirken  
31 liegen CDU und SPD noch klar vor dem Feld. Klar ist: auf eine Stadt der Unterschiede und  
32 Gegensätze kann es nicht mehr nur eine Antwort geben. Deswegen kann es in Zukunft  
33 nicht mehr nur „die eine“ Kampagne geben – und muss auch mehrere Personen geben,  
34 die mit den Zielen und Werten der SPD glaubwürdig in Verbindung gebracht werden.  
35
- 36 4. Ohne eine Verbesserung der Ergebnisse im Osten und Südosten der Stadt verlieren wir  
37 unsere Mehrheitsfähigkeit. Deshalb braucht es neue Formen der Präsenz auch zwischen

38 den Wahlkämpfen. Daraus folgt: auch die Zeit zwischen den Wahlen erfordert mehr  
39 persönliche Präsenz und einen höheren finanziellen Einsatz. Das Kurt-Schumacher-Haus  
40 und die Büros in den Kreisen sind in den letzten Jahren schneller, moderner und  
41 reaktionsschneller geworden. Dieser Prozess muss weitergehen, etwa mit der  
42 Anschaffung von Equipment, mehr digitalen Möglichkeiten und dem Erarbeiten neuer  
43 interessanter Veranstaltungsformate.

44  
45 5. Wir sind unter Druck, aber nicht in Zeitnot. Deshalb braucht es keine Schnellschüsse,  
46 sondern einen Dreiklang aus sachlicher Regierungsarbeit, dauerhafter Ansprache von  
47 Wählerinnen und Wählern und einem sorgfältigen personellen und inhaltlichen Aufbau der  
48 Kampagne 2021. Dazu müssen wir jetzt unsere besten Ressourcen nutzen – unsere  
49 Mitglieder. Es gilt, möglichst viele unserer alten und neuen Mitglieder für die Mitwirkung in  
50 der Partei zu begeistern, ihr Wissen und ihre Kenntnisse zu nutzen und sie für die  
51 Übernahme von Verantwortung in Form von Aufgaben in der Partei oder Kandidaturen für  
52 öffentliche Ämter zu qualifizieren. Dazu brauchen wir auch inhaltliche Schulungen und  
53 Seminare außerhalb der Wahlkampfzeiten.